

Eric Balthasar, Abteilung Europäische und internationale Gewerkschaftspolitik

22.03.2024

Abstimmungsverhalten der AfD im EU-Parlament vom 27.05.2019 bis heute

Die AfD ist Teil der Fraktion Identität und Demokratie (ID) im EU-Parlament. Abzüglich des am 28. Januar 2022 aus der AfD ausgetretenen Jörg Meuthen stellt die AfD neun Abgeordnete im EU-Parlament: Christine Anderson, Gunnar Beck, Markus Buchheit, Nicolaus Fest, Maximilian Krah, Joachim Kuhs, Sylvia Limmer, Guido Reil und Bernhard Zimniok.

Abstimmung	Stimmen der AfD
Arbeit, Beschäftigung, Soziale Sicherung und Wirtschaft	
<p>Reformen zur Beschäftigungs- und Sozialpolitik in der EU (10.10.2019)</p> <p><i>Die Kommission und die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die länderspezifischen Empfehlungen der Kommission 2019 umzusetzen und länderübergreifend Reformen im Bereich Beschäftigungs- und Sozialpolitik einzuleiten. Forderungen in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik aufgrund des Berichtes des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten: angemessene Mindestlöhne, Schutz der Gesundheit von Arbeitnehmern, Stärkung der Wiedereingliederung von Arbeitslosen, Chancengleichheitsförderung unter Arbeitnehmern, gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt, Sozialschutz für alle, Garantie von Arbeitsmobilität.</i></p>	8 Gegenstimmen, 1 Nicht beteiligt
<p>Beseitigung der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern (30.01.2020)</p> <p><i>Die Kommission und die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, ihre Bemühungen zur Beseitigung der Lohndiskrepanz zu intensivieren. Die Fortschritte sollen durch bessere Messungen überwacht und die aktuelle Situation besser analysiert werden. Der Aktionsplan zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles soll bis Ende 2020 mit klar formulierten Zielen für die Mitgliedstaaten überarbeitet werden.</i></p>	8 Gegenstimmen, 1 Nicht beteiligt

<p>Maßnahmen und Investitionen zur Bekämpfung von COVID-19 (26.03.2020)</p> <p><i>Der Gesetzesentwurf ermöglicht spezifische Maßnahmen zur Finanzierung und Stabilisierung der Gesundheitssysteme und der Wirtschaft. Es sollen Gelder zur Eindämmung der Covid-19-Konsequenzen zweckfremd genutzt werden, aber die originären Programme der Fonds ungehindert weiter durchgeführt werden (z.B. EFRE, ESF KF, EMFF).</i></p>	<p>8 Fürstimmen, 1 Nicht beteiligt</p>
<p>Europaweite Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie (16.04.2020)</p> <p><i>Den Mitgliedstaaten soll die Möglichkeit eines solidarischen und starken Vorgehens gegen die Ausbreitung des Virus gegeben werden. Dazu sollen Maßnahmen in verschiedenen Bereichen gemeinschaftlich ausgeführt werden: Maßnahmen im Gesundheitswesen, Bewältigung wirtschaftlicher und sozialer Folgen, Schutz von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten (Aufforderung der Kommission zur Untersuchung Vertragsverletzung Polen/Ungarn wegen Aussetzung von demokratischen Grundrechten).</i></p>	<p>7 Gegenstimmen, 1 Fürstimmen, 1 Nicht beteiligt</p>
<p>Aufbau- und Transformationsfonds für die Erholung nach Corona (15.05.2020)</p> <p><i>Die Kommission wird aufgefordert, einen Aufbau- und Transformationsfonds für die Erholung nach der Pandemie vorzulegen. Finanzierung soll nicht auf Kosten bestehender und künftiger Programme oder des mehrjährigen Finanzrahmens gehen. Eigenmittelsystem der EU soll reformiert werden, um neue Einnahmen zu generieren. Dem Green Deal, der digitalen Agenda und der Verwirklichung der Souveränität der Union ist Vorrang einzuräumen.</i></p>	<p>8 Gegenstimmen, 1 Nicht beteiligt</p>
<p>Strategie für mehr Unterstützung für Menschen mit Behinderungen (18.06.2020)</p> <p><i>Dem Anstieg der Armut und der vermehrten sozialen Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen, insbesondere der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, sollen entgegengewirkt werden.</i></p>	<p>8 Enthaltungen, 1 Nicht beteiligt</p>

<p>Angemessener Mindestlohn in der EU (14.09.2022)</p> <p><i>Die Mitgliedstaaten sollen darauf achten, dass der Mindestlohn würdige Lebensbedingungen zulässt. Zur Beurteilung gibt die Richtlinie verschiedene Kriterien und Indikatoren vor. Zudem sollen alle Mitgliedstaaten Pläne zur Erhöhung der Tarifbindung erstellen, wenn diese unter 80% liegt.</i></p>	9 Gegenstimmen
<p>EU-Lieferkettengesetz (01.06.2023)</p> <p><i>Unternehmen sollen künftig für die negativen Auswirkungen ihrer Tätigkeiten wie Kinderarbeit, Sklaverei, Umweltverschmutzung oder Verlust der biologischen Vielfalt verantwortlich gemacht werden.</i></p>	9 Gegenstimmen
Steuern	
<p>Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug (17.12.2019)</p> <p><i>Das Parlament stimmt einem Gesetzesvorschlag der Kommission zu, der vorsieht, dass der internationale Austausch von Zahlungsinformationen über mehrwertsteuerrelevanten Handel vertieft, verbessert und vereinfacht werden soll.</i></p>	8 Gegenstimmen, 1 Nicht beteiligt
<p>Modernere Unternehmensbesteuerung und Maßnahmen gegen Steuervermeidung (18.12.2019)</p> <p><i>Im Rahmen der OECD-Verhandlungen soll auf eine starke Lösung hinsichtlich der Besteuerung von Digitalunternehmen gedrängt werden. Unter anderem soll zur Besteuerung keine physische Präsenz eines digitalen Unternehmens nötig sein, um so Steuervermeidung zu bekämpfen. Auch soll ein neuer Ansatz der Besteuerungsrechte gewählt werden, der das Hin- und Herschieben von Gewinnen zwischen Firmengeflechten erschwert.</i></p>	8 Gegenstimmen, 1 Nicht beteiligt
Gesellschaftspolitik und Recht	
<p>Bekämpfung von Geldwäsche (19.09.2019)</p> <p><i>Die Kommission und die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, ihr Engagement gegen Geldwäsche zu verstärken und die bestehenden Regelungen in Sachen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung umzusetzen.</i></p>	8 Gegenstimmen, 1 Enthaltung

<p>Mehr Mittel für Forschung und Erasmus (18.09.2019)</p> <p><i>Erhöhung der Förderungssumme für die Projekte „Horizont 2020“ und „Erasmus+“ in der Haushaltsperiode 2021-2027 auf Vorschlag der Kommission.</i></p>	<p>9 Gegenstimmen</p>
<p>Kriminalisierung der Sexualerziehung Polen (14.11.2019)</p> <p><i>Das polnische Parlament wird aufgefordert, den Gesetzesentwurf zur Kriminalisierung sexueller Aufklärung (durch eine erzkatholische Bürgerinitiative eingebracht) abzulehnen. Der Europäische Rat wird aufgefordert, das Thema ins laufende Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen mit aufzunehmen.</i></p>	<p>8 Gegenstimmen, 1 Nicht beteiligt</p>
<p>Stärkung der Kinderrechte (26.11.2019)</p> <p><i>Das Parlament fordert eine intensivere Umsetzung der Kinderrechte durch die EU-Institutionen, der Mitgliedstaaten und weltweit. Besonderes Augenmerk liegt auf Kindern in Krisen- und Konfliktgebieten, Kindern auf der Flucht und der Ausbeutung von Kindern.</i></p>	<p>9 Gegenstimmen</p>
<p>Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen (28.11.2019)</p> <p><i>Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, die Istanbul Konvention zu ratifizieren. Zudem sind umzusetzende Maßnahmen formuliert, deren Ziel die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist. Unter anderem ist der Grundsatz der Würde und Nulltoleranz als Norm am Arbeitsplatz durch Schulungen zu etablieren.</i></p>	<p>9 Gegenstimmen</p>
<p>Verurteilung von LGBTI-Diskriminierung in Polen (18.12.2019)</p> <p><i>Die Kommission wird aufgefordert, die öffentliche Diskriminierung von LGBTI-Personen zu verurteilen. Zudem soll sie überprüfen, ob Polen durch die Duldung und Beförderung der Diskriminierung gegen EU-Recht verstößt und gegebenenfalls Maßnahmen gegen den Mitgliedstaat einleiten.</i></p>	<p>7 Gegenstimmen, 2 Nicht beteiligt</p>

<p>Weltweite Einstellung der weiblichen Genitalverstümmelung (12.02.2020)</p> <p><i>Aufforderung der Kommission und der Mitgliedstaaten dazu, eine Strategie zur weltweiten Einstellung der weiblichen Genitalverstümmelung zu entwickeln.</i></p>	9 Enthaltungen
<p>Ratifizierung der Istanbul-Konvention (10.05.2023)</p> <p><i>Schaffung eines koordinierten Rahmens für den Schutz von Frauen und die Bekämpfung von (häuslicher) Gewalt.</i></p>	8 Gegenstimmen, 1 Nicht beteiligt
Innere Sicherheit	
<p>Mehr Geld und Strukturen gegen Desinformationen bei Wahlen (10.08.2019)</p> <p><i>Die Kommission und der Europäische Rat werden aufgefordert, Maßnahmen gegen gezielte Desinformation durch nicht europäische Akteure bei demokratischen Prozessen finanziell besser zu unterstützen: rasche und wirksame Bekämpfung russischer Propaganda, Unterstützung von öffentlich-rechtlichen Medien, Förderung der Medienkompetenz und politischer Bildung junger Menschen etc.</i></p>	8 Gegenstimmen, 1 Nicht beteiligt
<p>Abwehr von ausländischen Einflüssen auf demokratische Prozesse in der EU (09.03.2022)</p> <p><i>Um ausländischen Einflüssen entgegenzuwirken, schlägt der Entwurf eine Vielzahl an Maßnahmen vor: Entwicklung von Resilienz durch gestärkte Medienkompetenz, konsequente Bekämpfung von Fehlinformationen, Ausbau des Einsatzes gegen verdeckte Finanzierung politischer Aktivitäten aus dem Ausland etc.</i></p>	9 Gegenstimmen